

1. IV. 1919

Die Stationen zur Erlangung ständigen und gesicherten Auslandskredits.

Von einem Währungspolitiker.

Wien, 30. April.

Deutschösterreich hat sich darauf einrichten müssen, sein besonderes staatsfinanzielles Leben inmitten eines der grausamsten Liquidationsprozesse einzurichten, die vordem mit Deutschösterreich in einer gemeinsamen Währung bei gemeinsamem Noteninstitut und in einem gemeinsamen Staatshaushalte lebenden neuen Nationalstaaten haben sich selbständig gemacht, ohne nur die Möglichkeit zu schaffen, daß die tiefgreifende, ohne jedes Beispiel dastehende Trennung und Auseinanderlegung nach gemeinsam beschlossenen Grundsätzen und unter Beobachtung auf legitime Interessen erfolge. Die Operation fiamesischer Zwillinge durch plötzliches, rohes Auseinanderreißen war das Programm, und es ist der Verdacht nicht zu bannen, daß nicht nur die eigene Selbständigkeit, sondern auch die Herausbeschwörung einer Katastrophe für Deutschösterreich angestrebt wurde, galt doch Deutschösterreich infolge seiner bisherigen zentralen Position im Währungs- und Finanzwesen als der gegenüber solchen Eingriffen schwächste Partner. Deutschösterreich hatte weder die Trennung an und für sich, noch die Art ihrer Durchführung, noch den Zeitpunkt frei zu wählen. Das alles bestimmten und bestimmen auch weiter noch die Nationalstaaten in Anpassung an die Methoden der Versailler Konferenz. Für Deutschösterreich ist es ein Lebensinteresse, diesen gefährlichen Uebergang heil und ohne Zusammenbruch der geschäftlichen und finanziellen Struktur zu überstehen, denn kein anderer Staat ist jetzt und in Zukunft so sehr darauf angewiesen, im Auslande kaufmännischen Kredit zu gewinnen wie Deutschösterreich. Zusammenbruch des Kredits und Hungersnot sind für dieses Land vielleicht noch während vieler Jahre gleichbedeutend.

Welche Stationen hat Deutschösterreich auf dem Wege, der es von einem Abgrunde hinwegführen soll, bisher schon zurückgelegt und welche Stationen wird es noch passieren müssen?

Deutschösterreich hat seine Banknoten abgestempelt und so eine deutschösterreichische Währung geschaffen. Es hat in rein defensiver Absicht die Rechtsverhältnisse hinsichtlich der Guthaben von Ausländern geregelt und damit die Aufgabe der deutschösterreichischen Devisenzentrale erleichtert, die nunmehr ihre Wirksamkeit beginnt. Weiter schreitet Deutschösterreich durch die Vollzugsanweisung vom 14. April d. J. an eine vorläufige Restriktionierung der Staatsanleihen, das heißt vorerst an eine Ausschließung jenes Besitzes, welcher den zweifellos und rein deutschösterreichischen Interessenten gehört. Diese Restriktionierung ist die Grundlage für die Einlösung der ab 1. Mai fälligen Coupons der Staatsanleihen. Bei dieser hochwichtigen Station müssen wir einen Augenblick haltmachen, um uns die ganze Größe des Erreichten klarzumachen. Aus ganz unverständlichen Ursachen scheint von den Nationalstaaten die Einstellung des staatlichen Schuldendienstes, der Eintritt des Staatsbankrotts geradezu herbeigewünscht zu werden. Man hat ihn ja von dieser Seite bereits für den Dezember erwartet. Aber es standen bis 1. April genügende gemeinsame Mittel zur Verfügung, so daß bis dahin dank der Energie und Pflichttreue der deutschösterreichischen Staatsbeamten die Couponzahlungen anstandslos erfolgen konnten. Wie sehr es bedauert werden muß, daß seinerzeit versäumt wurde, gemeinsame Mittel bis zu einem noch weiter hinausreichenden Termine zu sichern, das ist heute, wo das Unvermeidete Ereignis wurde und nach mehr als sechs Monaten nicht abgesehen werden kann, wann endgültige finanzielle Abmachungen zwischen den Staaten getroffen sein werden, auch für Leute klar, die durch ihre Stellung nicht dazu verpflichtet waren, alle Zukunftsmöglichkeiten in Betracht zu ziehen. Ab 1. Mai kann Deutschösterreich nur für eigene Rechnung und mit eigenen Mitteln zahlen, denn es scheint, als würden die anderen Nationalstaaten auf dem Standpunkte beharren, daß sie vorerst nicht zahlen wollen. Deutschösterreich wird unter solchen Umständen naturgemäß den Kreis, innerhalb dessen es zahlt, auf das engste ziehen müssen; seinen ehrlichen Zahlungswillen wird es dokumentieren, aber für andere zu zahlen, dafür reichen seine Kräfte nicht, das ist ihm auch nicht zuzumuten. Es ist daher auch fraglich, ob Deutschösterreich im Auslande als „Chren-intervenant“ zahlen soll. Daß eine Ehrenintervention ein Einschreiten zur Wahrung der staatsfinanziellen Ehre geboten erscheint, ist in Wien ein lebendiges Gefühl; an anderen Stellen scheint man ein gleich lebhaftes Gefühl für das, was Ehre und Bestand gebieten, nicht zu besitzen. Hoffentlich wird jener Mittelweg gefunden werden, der es ermöglicht, dem Auslande zu zeigen, daß Tradition und alte Kultur ihren Wert auch in bösen Tagen behalten und der Deutschösterreich doch mit nicht mehr belastet, als ihm schätzungsweise zukommt.

Gelingt es, den Maicoupon zu zahlen, daß Inland und Ausland den ehrlichen Zahlungswillen klar erkennen und die Härten einer sorgfältigen Abgrenzung nicht mißverstehen, so ist unendlich viel gewonnen, eine Katastrophe vermieden. Es ist gar nicht auszuendenken, was geschehen wäre, wenn wir mangels entsprechender Vorbereitungen das ungeheure schwierige Problem des Maicoupons nicht organisch und nicht in vertrauensweckender Form hätten lösen können. Wer hätte uns dann noch geborgt, was wäre aus dem Kredit unserer Banken und Industriellen geworden, die sich jetzt bemühen, Lebensmittel- und Rohstoffimporte zu sichern? Vielleicht war eine derartige katastrophale Entwicklung etwas, womit sich andere Staaten abgefunden hätten — es gibt vielleicht so eine Art Bolschewismus der Regierungen — Deutschösterreich hat jedenfalls diese schwerste Station ihrer Schrecken beraubt und dürfte nach den gleichen Grundsätzen, nach welchen der Maicoupon gesichert werden soll, auch künftighin die Couponzahlung aufrechterhalten.

Allerdings gehört zur Sicherung dieses weiteren Weges, daß Deutschösterreich so rasch als möglich seine eigene deutschösterreichische Notenbank errichte. In dieser Hinsicht ist schon viel Zeit versäumt worden, weitere Versäumnisse wären mehr als ge-

fährlich, denn das Privileg der gemeinsamen Oesterreichisch-ungarischen Bank läuft am 31. Dezember ab und kann nicht erneuert werden. Schon heute ist die gemeinsame Bank nicht imstande, den besonderen deutschösterreichischen Interessen zu dienen, selbst wenn sie es wollte, und so entsteht die sonderbare Lage, daß ein Staat, der sich inmitten eines schweren und gefährlichen Uebergangsprozesses befindet und ganz auf eine vorsintflutliche Finanzwirtschaft angewiesen ist, ohne Notenbank dasteht. Das ist ein Zustand, der schon rein mechanisch nicht aufrechterhalten werden kann, denn in wenigen Monaten müssen die Vorbereitungen zur Errichtung dieses selbständigen Instituts und die Verhandlungen über die Modalitäten der Uebernahme der Geschäfte von der liquidierenden alten Bank ohnedies in vollem Flusse sein, wenn überhaupt am 1. Januar 1920 der Betrieb eröffnet werden soll. Ein Interregnum kann man sich wirklich nicht vorstellen. Die im Gange befindlichen Unterhandlungen wegen eines Anschlusses an Deutschland, beziehungsweise an die Deutsche Reichsbank sind kein Anlaß, um die Errichtung einer deutschösterreichischen Notenbank aufzuschieben.

Hat Deutschösterreich eine Notenbank, dann wird es sich auch leichter bewegen können bei der Bedeckung seines Geldbedarfes. Ein großes Defizit im Staatshaushalte, die Aufhebung der Blockade, Notstandsarbeiten und eine Lähmung bei der staatlichen Geldbeschaffung (die dadurch nicht besser wird, daß man versucht, sie in eine Lähmung der Geldinstitute überzuleiten), das sind Dinge, die nicht nebeneinander bestehen können. Zugleich mit der Errichtung einer deutschösterreichischen Notenbank müßte für den arg in Unordnung und Mißkredit gebrachten Kriegsanleihe lombard gesorgt werden. Das ist eine lebenswichtige Frage, welche aber den Methoden des Doktor Eisenbart widerstrebt.

Deutschösterreich kann seinen ehrlichen Zahlungswillen nicht bekunden, ohne sich und der Welt rückhaltlos zu gestehen, daß seine in ihrem vollen Umfange heute noch nicht bekannten Lasten aus den Kriegsschulden für seine Schultern zu schwer sind. Neben seinem Zahlungswillen muß seine Zahlungsfähigkeit glaubhaft sein, und deshalb muß so rasch als möglich eine Abbürdung der Kriegslasten in die Wege geleitet werden. Die Vermögensabgabe ist vorbereitet, sie wird die Nationalversammlung in kurzer Zeit zu beschäftigen haben, und ihr Ergebnis soll uns die Möglichkeit bieten, den Staatsschuldendienst im Rahmen unseres Budgets erträglich erscheinen zu lassen. Daß dieses durch die neuerliche Umwälzung aller Preise und Löhne und die Kosten der Hungersnotbekämpfung in eine andere Ziffernwelt geworfene Budget in eben dieser Ziffernwelt ins Gleichgewicht gebracht werden muß, ist ein klares Gebot der Selbsterhaltung.

Schließlich wird Deutschösterreich, das seine Devisenzentrale und sein Noteninstitut leider ohne halbwegs zureichende Auslandguthaben ins Leben rufen muß, das Beispiel anderer Staaten nachahmen müssen und wird den Besitz seiner Steuerträger an ausländischen Wertpapieren, vielleicht auch an Gold und Silber, dem öffentlichen Interesse in irgendeiner Form dienstbar machen. Auch hierfür sind durch die Vollzugsanweisung Vorbereitungen getroffen.

Gar manche Station auf dem Wege einer beispiellos tiefgehenden Umformung ist schon durchschritten; ein Rückblick auf den Weg hinter uns gibt uns den Mut, an die Bewältigung der noch bevorstehenden Schwierigkeiten und Mühseligkeiten zu glauben. Das äußere Zeichen einer erfolgreichen Erledigung der großen Aufgaben, die dem deutschösterreichischen Staate in gefährlichster Zeit auferlegt wurden, wäre die Gesundung des Marktes der von Deutschösterreich übernommenen Staatsanleihen, und es obliegt keinem Zweifel, daß nur auf einer solchen Gesundung das Vertrauen des Auslandes, seine Geneigtheit, uns Ware zu liefern und Kredite zu gewähren, sich aufbauen kann, und wiederum diese ausländischen Kredite können vorerst die einzige Grundlage einer Besserung unserer Valuta liefern. Daß uns die Friedensbedingungen zu all den Lasten unseres Wiederaufbaues noch manch andere Lasten bringen werden, steht zu befürchten. Wir werden diese neuen Lasten nur dann ertragen können, wenn wir unseren Auslandskredit und unsere Valutaverhältnisse auf eine halbwegs tragfähige Grundlage gestellt haben. Deshalb wäre es auch im eigensten Interesse der uns heute noch feindlichen Staaten gelegen, wenn sie den Weg Deutschösterreichs zur Gesundung nicht stören, sondern mit allen Mitteln fördern würden.